

bieste Recht der Religionsgesellschaften verurteilen. Man hat den Eindruck, als schweige die Justiz in diesem Falle nur, weil bisher kein Kläger aufgetreten ist. Es steht jedenfalls fest, daß Preußen gegenüber den Wünschen der Anhänger der weltlichen Schule in Auslegung desselben Artikels 174 geradezu weitherzig verfahren ist. In Berlin gibt es schon seit Jahren eine ganze Anzahl von rein weltlichen Schulen, und nach dem Scheitern des letzten Reichsschulgesehntwurfes hat das preussische Volksbildungministerium einen besonderen Erlaß herausgegeben, der die Errichtung weltlicher Schulen unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich zuläßt, obwohl diese Schulart bisher in den preussischen Schulgesetzen keinerlei Grundlage hat. In Sachsen dagegen hat man auf der einen Seite im inneren Ausbau der Schulen den Lehrern Freiheiten eingeräumt (in der Wahl des Schulleiters usw.), wie in keinem anderen Lande; auf der anderen Seite aber verweigert man den christlichen Eltern grundlegende Rechte der Reichsverfassung, bloß weil dem angeblich der Artikel 174 entgegensteht. Daß die Erregung der christlichen Elternschaft Sachsens über diesen unnatürlichen Zustand immer stärker anwachsen muß, will man an verantwortlicher Stelle offenbar noch nicht einsehen.

Wir haben bisher nur die negative Seite der sächsischen Schulfrage, also Gesetzeswidrigkeiten und Gesetzeslücken, ins Auge gefaßt. Die Rechnung wird für die sächsische Schulpolitik in den letzten 10 Jahren noch viel ungünstiger, wenn wir überdenken, was an positiven Werten durch die Behinderung jeder organischen Fortentwicklung der christlichen Schulen in Sachsen vernichtet worden ist. Man denke nur an die katholischen Schulen, die bis zum Weltkrieg in stets fortschreitender Entwicklung begriffen waren. Seit 10 Jahren sind sie in jeder äußeren organisatorischen und zahlenmäßigen Fortentwicklung gehemmt. Wie eine löhrende Erklärung legt sich die Nachkriegs-Schulgesetzgebung über unser Schulwesen, einem Lawastrom gleich, aus dessen heute erstarrter Glut die katholischen Schulen wie von der Umwelt abgeschlossene Ostrassen hervorzugehen. Wohl haben die Unterrichtsmethoden im Volksschulwesen große Fortschritte gemacht, wohl ist die Bildungsleistung der Volksschulen, die im und nach dem Weltkrieg einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte, wieder in erfreulichem Ansteigen begriffen. Aber will man deshalb behaupten, daß die Errichtung im organisatorischen, weltanschaulichen Aufbau unserer sächsischen Volksschulen vom Standpunkt der Erziehung aus einen Fortschritt bedeutet? Sind nicht einzelne Proben von Schulaufgaben, die in den letzten Jahren bei besonderen Anlässen an das Licht der Öffentlichkeit gekommen sind, deutliche Beweise dafür, in wievielen Richtungen je nach der Einstellung des Lehrers die Erziehung der sächsischen Jugend auseinanderstrebt? Was wollen demgegenüber die schönen Worte vom „allgemeinen deutschen Bildungsgut“, von der „größten öffentlichen Bildungstätte des gesamten Volkes“ und von der vielgepriesenen Einheit unseres Schulwesens besagen? Wir fragen den Volksbildungsminister: Ist es ihm lieber, daß in einer „einheitlichen“ sächsischen Volksschule 15 000 Lehrer 10 000 verschiedene Weltanschauungen (männlich sowie weiblich) in die junge Generation des Sachsenvolkes hineinpflanzen, oder wäre dieser Zerlegung unseres Kulturgutes gegenüber nicht der Zusammenschluß der Kinder und der Lehrer nach den Hauptweltanschauungsgruppen ein unschätzbarer Idealfaktor? Sind das so volkseindliche Ziele, die die christliche Elternschaft mit Konsequenz seit Jahren verfolgt, aber muß nicht naturgemäß der Kurs unserer jetzigen sächsischen Schulpolitik vom inneren Wesen der Erziehung aus betrachtet immer mehr zur Krise treiben und die Bande der Volksgemeinschaft, die doch auf einheitlicher Kultur beruht, immer mehr lockern und zerreißen? Uns ist die Schulfrage keine Personenfrage, und ebensowenig eine parteipolitische Frage, und bewegt in unserem Kampfe einzig und allein die Sorge für unser armes, in seinen edelsten Kulturgütern gefährdetes Volk. Es läßt sich um den Kampf der Gestaltung unseres Schulwesens, wenn auf allen Seiten nur dieses Motiv richtunggebend wäre.

Wir machen keinerlei Fehl daraus, daß wir die jetzige Richtung der sächsischen Schulpolitik als eine verhängnisvolle ansehen. Mit kleinen Verbeugungen nach dieser oder jener Seite ist es in dieser Sternstunde des Lebens nicht getan, wenn die Grundlage der Schulpolitik nicht eine ganz klare und konsequente ist. Und darüber sollte kein Zweifel bestehen, daß man das wichtigste Ressort eines modernen Kulturstaates nicht jahrzehntelang auf überreichten Umsturzgesehen und einem Sperrartikel aufbauen kann. Wo bleibt dann der Begriff „Kulturpolitik“? Darum wird des neuen Leiters des sächsischen Volksbildungsministeriums eine schwere Verantwortung warten, die nur noch übertroffen wird von jener Verantwortung der Regierungsparteien, die für sich die Pflege und den Schutz des christlichen Volkstums in Anspruch nehmen. Vielleicht sind bei den verantwortlichen Parteien die Imponderabilien der Schulpolitik in ihrer ganzen Tragweite für die Volksgemeinschaft bisher nicht immer hoch genug veranschlagt worden. Manches, was die sächsische Schulpolitik in den letzten Jahren gezeitigt hat, ist unbedingt dazu angetan, diesen Parteien das Gewissen zu schärfen. In dem bisherigen Kurse, der vom Ministerium selbst mehrfach als „Übergangsregelung“ angesprochen worden ist, kann es im zweiten Jahrzehnt der Republik nicht weitergehen, wenn das Allgemeinwohl und insbesondere unsere kulturellen Güter nicht immer stärker gefährdet werden sollen.

Das deutsche Memorandum

Der Fortgang der Reparations-Verhandlungen

London, 24. November.

Der deutsche Volschaffler überreichte gestern nachmittags dem Schatzkanzler Churchill das Antwortmemorandum der deutschen Regierung auf das kürzlich von der britischen Regierung in der Reparationsfrage übergebene Memorandum.

Wie verlautet, hat auch in Paris Volschaffler von Soef bei Poincaré ein Memorandum übergeben, in dem der deutsche Standpunkt zu den von dem Sachverständigenausschuß zu behandelnden Fragen generell dargelegt wird. Im Laufe des Sonnabends wird das deutsche Memorandum noch in Brüssel, Rom und Tokio überreicht.

Der sachliche Inhalt dieser Denkschrift ist in seinen Grundzügen ja bereits bekannt. Er schließt sich im wesentlichen an die Darstellung des Außenministers in der außenpolitischen Aussprache im Reichstag an. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß nach deutscher Auffassung der Zeitpunkt für eine materielle Behandlung des Reparationsproblems noch nicht gekommen sei. Im Vordergrund der Kommissionarbeit muß vor allem die deutsche Reifezustandsfrage stehen, nach deren Prüfung und Untersuchung erst konkrete Vorschläge der Sachverständigen erlassen könnten. Es ist wahrscheinlich, daß in dem deutschen Memorandum auch auf die Notwendigkeit des baldigen Zusammentritts der Kommission hingewiesen werden wird, der nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem seiner Mitgliebersstaaten liegt.

Die Frage des Mandats, das den Sachverständigen für ihre Beratungen erteilt werden soll, bekommt, nachdem durch den Meinungsaustrausch gewisse Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein werden, einen rein technischen Charakter, denn es wird sich im wesentlichen darum handeln, den Umfang des Mandats in Worten zu fixieren. Nach deutscher Auffassung soll es sich behaupten auf den ganz allgemein gehaltenen Auftrag, die Reparationsfrage zu lösen, beschließen. Zusammenfassend sei festgestellt, daß man sich über die Sinnrichtung der Amerikaner und über die Ernennung von unabhängigen Sachverständigen einig wurde.

Eine nachahmenswerte Haltung

Paris, 23. November.

„Deux“ berichtet aus Fontainebleau, daß in der gestrigen Stadtratssitzung Zwischenfälle gelegentlich der Ausschmückung der Gefallenengräber am Jahrestage des Waffenstillstandes zur Sprache gekommen sind. Am 10. November waren von der Stadt an den Kriegergräbern — und zwar an 379 Gräbern französischer, 6 Gräbern deutscher und 4 Gräbern interallierter Soldaten — gemäß einer seit Jahren geübten Tradition, Fahnen angebracht worden. Der Vorsitzende des Souvenir français, General Arault, war über die Gleichheit der Totenehrung entrüstet, legte bei der Bürgermeisterwahl Protest ein und begab sich auf den Friedhof, wo er die an den deutschen Kriegergräbern aufgestellten französischen Fahnen herausschuf, auf den Weg warf und dabei Drohungen gegen den Bürgermeister von Fontainebleau, Dr. Matry, ausließ.

Der Bürgermeister von Fontainebleau verlas in der gestrigen Stadtratssitzung ein Schreiben, das er an General Arault gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es: Während der Feindseligkeiten habe ich bei der Pflege von Verwundeten aus beiden Lagern feststellen können, daß die Opfer eines schrecklichen Krieges, gleichviel, ob es sich um Deutsche oder Franzosen handelte, im Lazarett darin einig waren, den Krieg zu beenden. Ich kann bei den Toten einen Unterschied nicht machen. Ich bin der Ansicht, daß die Stadt Fontainebleau es sich als Verdienst anrechnen kann, daß sie den auf ihrem Friedhof beigesetzten ehemaligen Feinden dieselbe Ehrung zuteil werden läßt, wie den eigenen Toten.

Der Bürgermeister bemerkte dazu noch, daß er gegen General Arault wegen Entweihung von Gräbern innerhalb des Friedhofes nach dem Gesetz hätte vorgehen können, daß er es aber vorzöge, die Bevölkerung von Fontainebleau zum Nachdenken zu machen.

Englisch-japanische Annäherung

Einheitsfront in China

London, 23. November.

Dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ in Tokio zufolge schreibt das Blatt „Kitschinitschi“ in einem Leitartikel: Am 17. November wurde in Kieto eine Konferenz von Beamten des Außenministeriums über die chinesische Frage abgehalten, bei der auch Graf Utschida zugegen war. Graf Utschida berichtete, während seines Londoner Besuchs habe er mit Beamten des Foreign Office gesprochen. Er habe einige wichtige Vorschläge über eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien bei der künftigen China gegenüber zu befolgenden Politik gemacht.

Der Berichterstatter der „Times“ in Tokio meldet, der Pressenformator des japanischen Ministeriums des Äußeren habe angegeben, daß die in den japanischen Blättern erschienenen Artikel über amtliche Schritte zur Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Japan und Großbritannien in China „nicht unbegründet“ seien. Es wird darauf hingewiesen, daß zwar das englisch-japanische Bündnis durch den Washingtoner Vertrag von 1922 aufgehört, aber der Geist dieser Allianz noch immer lebendig sei, wie führende Staatsmänner in beiden Ländern wiederholt versichert hätten. Einflußreiche Kreise in Japan, und zwar nicht nur Regierungskreise, begünstigen den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit. Es wird erklärt, man beabsichtige nicht, eine ausschließlich englisch-japanische Verbindung zu erzielen, sondern hoffe, daß die Vereinigten Staaten und andere führende Mächte, die in China Interessen wahrzunehmen haben, sich beteiligen würden.

Das Ziel dieser Bestrebungen sei offenbar die Wiederherstellung einer gemeinsamen Front in der chinesischen Frage. Der bestehende Mangel an Einigkeit ermüde die Chinesen, eine Macht gegen die andere auszuspielen. Hierdurch werde eine wirkliche Regelung aller Fragen verhindert. Die Industriellen in Ostasien, die infolge der Verzögerung in der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu China geschädigt werden, drängen bei der Regierung darauf, gemeinsam mit Großbritannien politisch vorzugehen.

Nachdem die englisch-französischen Abmachungen den Widerstand Moskaus herausgefordert haben, bringt eine gewisse Zwangsläufigkeit England wieder an die Seite Japans, mit dem England bekanntlich Amerika zuleibe 1922 seinen alten Freundschaftsvertrag aufgehoben hat. Japan hat seitdem eine Zeit starker außenpolitischer Isolierung durchlebt, da gerade in die Zwischenzeit der russische Vorstoß nach China und der Erfolg der chinesischen Nationalbewegung fällt, welche Japans koloniale Tendenzen durchkreuzte. In dem Augenblick, da Amerika in Ostasien bemerkt eigene Wege ging und sich aus der kolonialen Einheitsfront ausgliederte, wurden Japan und England zu gemeinsamem Vorgehen gezwungen, dem sich später Frankreich auf Grund besonderer Vereinbarungen mit England anschloß. Der scharf nationalistische Kurs der Regierung Tanaka brachte ebenfalls Rußland gegenüber eine japanisch-englische Interessengemeinschaft zustande. Den letzten Stein in dieses Gebäude legte der Widerstand Amerikas gegen die Flottenkompromißformel, ein Streit, in welchem sich Japan begreiflicherweise auf die Seite Englands stellte. Sollten die Vermittler, welche heute zwischen London und Washington hin- und hergehen, keinen Erfolg haben, so würde England sich im fernem Osten ebenso Japan als „kontinentalbegrenzt“ verschreiben müssen, wie es sich in Europa Frankreichs Hilfe durch weitgehende Zugeständnisse gesichert hat.

Zuspitzung Muiden-Ranting

Peking, 23. November.

Wie aus Muiden gemeldet wird, haben sich die Beziehungen zwischen der Rantingregierung und Muiden erheblich zuspitzigt. Die Muidenregierung hat die Kommunistenorganisationen in den drei östlichen Provinzen aufgelöst. Die Auflösung wird begründet mit dem Mitemtsversuchen gegen Wadschall Tschanghueliang. Die Kommunisten sind in der Nordmandschurie außerhalb des Gesetzes erklärt worden. Die Bildung der Kommunistenorganisation ist in der Nordmandschurie unter Strafe verboten. Die Rantingregierung hat gegen diese Maßnahmen Einspruch in Muiden erhoben, der jedoch unbeantwortet geblieben ist.

Deutscher Dampfer geunken

Hamburg, 24. November.

Der Lübecker Dampfer „Herrenwijk“, der auf dem Atlantik bei furchtbarem Sturm in Seeetot geraten war, ist geunken. Ein Funkpruch des östlichen Dampfers „Estonia“ besagt, daß das Schiff sechs Mann der Besatzung aufgenommen habe, das Rettungsgeschick dann aber wegen hereinbrechender Dunkelheit und Verpöschung des Sturmes unterbrechen mußte. Die „Estonia“ blieb an der Unfallstelle in der Hoffnung, die zurückbleibenden 20 Mann der Besatzung der Tagesanbruch in Sicherheit zu bringen. Der Orkan nahm jedoch weiterhin an Stärke zu, und Freitag vormittag 10 Uhr sank die „Herrenwijk“.

Bis 1 Uhr mittags waren im ganzen 19 Mann gerettet. Die „Estonia“ wird die Unglücksstelle bis zum Anbruch der Dunkelheit abpatrouillieren, um möglicherweise weitere Mitglieder der Besatzung des gesunkenen Schiffes aufzunehmen. Die „Herrenwijk“ gehörte der Reederei Lübeck-Linie, A.G., in Lübeck und war auf der Reise von Südschweden nach Neuyork mit einer Ladung Zellulose. Die „Estonia“ wird wahrscheinlich Kopenhagen Dienstag nachmittag passieren.

Die Krankheit des Königs von England

London, 24. November.

Der König Georg V. von England ist erkrankt. Das gestern abend 8 Uhr ausgegebene Bulletin besagt: Der König verbrachte einen ruhigeren Tag. Die Temperatur ist gesunken. Die Kongestion in der Lunge hat sich nicht ausgebeutet.

Der deutsche Volschaffler sprach gestern auf dem Foreign Office bei Unterstaatssekretär des Äußeren, Sir Ronald Lindsay, vor und erkundigte sich im Namen der Reichsregierung nach dem Befinden des Königs. Gleichzeitig gab der Volschaffler der ausdrücklichen Hoffnung auf eine baldige Genesung des Königs Ausdruck.

Trigoyen und die Katholiken

Buenos Aires, im November.

Präsident Trigoyen hat zum Volschaffler den Obersten Graneros und zum Stadigouverneur von Buenos Aires Dr. Cantillo ernannt; beides sind praktizierende Katholiken. Die katholische Presse stellt fest, daß die Katholiken, Alters unbegriffen, fast ausschließlich für Trigoyen gestimmt haben. Er soll den Katholiken die Gewährung vollständiger Unterrichtsfreiheit und Gleichberechtigung der katholischen Schulen zugesagt haben. Auf die Einbringung des heiligsten Geisteswurfs warten die Katholiken mit großer Spannung. Bekanntlich war es Trigoyen, der seinerzeit einen radikalen Sozialismus, der die Ehescheidung „vollständig“ machen wollte, zu Fall brachte. Es war eine Zeitlang davon die Rede gewesen, ein katholischer Monsignore werde ins Ministerium einziehen. Bis jetzt befindet sich dieser Prälater aber noch in Rom, und erst bei seiner Heimkehr wird sich zeigen, was an dem Gerücht richtig ist.

Türkischer Wahlkompromiß in Rumänien

Bukarest, 23. November.

Zwischen der Regierungspartei und der Deutschen Partei ist ein Wahlkompromiß zustande gekommen, demzufolge die Deutsche Partei 12 Parlamentssitze erhalten wird.